

Abhängigkeit von Energieimporten: Risiko für Deutschland und Europa?

Matthias Basedau und Kim Schultze

Wenige Wochen vor Beginn des Winters 2014 drohte der russische Präsident Wladimir Putin Europa mit einer Drosselung der Gaslieferungen, sollte die Ukraine die Transitzugangspipeline anzapfen. Gleichzeitig prüfte die EU die Folgen eines möglichen Lieferstopps für ihre Mitglieder in einem Gas-Stresstest. Der Test ergab potenzielle Versorgungsprobleme für einige EU-Staaten.

Analyse

Deutschland und Europa sind im erheblichen Ausmaß von Energieimporten aus Russland abhängig. Das betrifft vor allem Erdgas, Erdöl und Steinkohle. Angesichts verschlechterter Beziehungen zu Russland werden Warnungen lauter, dass die russische Regierung mögliche Lieferstopps als politische Waffe im großen Stil einsetzen könnte. Zudem dienen die Einnahmen aus den Energieexporten Russland dazu, seine aggressive Außenpolitik zu finanzieren. Inwieweit sind diese Risiken und Befürchtungen ernst zu nehmen?

- Viele Stimmen geben Entwarnung und verweisen auf fehlende Alternativen. Russland habe Verträge stets eingehalten, weil es selbst von den Einnahmen aus dem Energiegeschäft abhängig ist. Alternative Energiequellen seien zu teuer und andere Lieferländer ähnlich undemokratisch und korrupt wie Russland.
- Für eine Risikoabschätzung ist einerseits zu prüfen, wie symmetrisch die wechselseitige Abhängigkeit von Lieferstaat und Empfängerstaat ist und andererseits, welche außenpolitische Orientierung ein Lieferstaat aufweist. Seine innere Verfasstheit spielt eine untergeordnete Rolle.
- Das Risiko wächst im Fall einer Fortsetzung der konfrontativen Außenpolitik Russlands gegenüber dem Westen und dem „nahen Ausland“. Das Risiko erhöht sich auch, wenn es Russland gelingt, alternative Kunden wie China zu gewinnen, und Russland somit auf Deutschland und Europa als Abnehmer nicht mehr angewiesen sein würde.
- Somit ist davor zu warnen, Alarm zu schlagen, aber auch Sorglosigkeit ist nicht angebracht. Die Energieabhängigkeit von Russland bleibt mittelfristig ein strategisches Risiko, das es vor allem durch eine reduzierte Energieabhängigkeit abzumildern gilt. Demzufolge sollte neben multilateralen politischen Maßnahmen vor allem bei der Diversifizierung von Lieferländern, -routen und -quellen sowie der Energieeffizienz angesetzt werden.

Schlagwörter: Versorgungssicherheit, Energieabhängigkeit, Ressourcen, Russland, Europa, Konflikt

Die Abhängigkeit Deutschlands und Europas von Energieressourcen

Die Krise in der Ukraine hat zu einer deutlichen Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen geführt. Auch nach dem Treffen zwischen Präsident Putin und Bundeskanzlerin Merkel Mitte Oktober 2014 in Mailand ist ein Ende der Krise nicht absehbar. Im Vorfeld der Begegnung hatte Putin mit einer Drosselung der Gaslieferungen gedroht. Wenn die Ukraine die Transipeline durch ihr Land anzapfe, müsse Russland mit einer Reduzierung der Gaslieferungen reagieren.

Die Frage, ob und inwieweit die Abhängigkeit Deutschlands beziehungsweise der EU von Energieressourcen aus Russland ein Risiko bedeutet, stellt sich daher mit einer gewissen Dringlichkeit. Doch wie ausgeprägt ist die Energieabhängigkeit tatsächlich, wie sind Argumente und Gegenargumente zu gewichten und welche Schlussfolgerungen ergeben sich für die Energie- und Außenpolitik Deutschlands und der Europäischen Union?

Zunächst muss analysiert werden, in welchem Maß Deutschland und die EU von russischen Energieimporten abhängig sind. Generell ist Deutschland trotz der Energiewende weiter zu großen Teilen auf fossile Energieträger angewiesen. Nach Einschätzungen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) setzte sich Deutschlands Energieverbrauch 2012 zu mehr als drei Vierteln aus fossilen Primärenergieträgern zusammen (BGR 2013) – 33 Prozent entfielen auf Mineralöl, 21 Prozent auf Erdgas sowie jeweils 12 Prozent auf Braun- und Steinkohle. Der Anteil erneuerbarer Energien ist zwar von 2002 bis 2012 um mehr als das Dreifache gestiegen, deckte aber 2012 nur 12 Prozent des Verbrauches ab.

Deutschland ist keineswegs in der Lage, sich selbst ausreichend mit Energie zu versorgen. Lediglich die Vorräte heimischer Braunkohle decken den Bedarf. Bei Steinkohle (19 Prozent), Erdgas (13 Prozent) und Mineralöl (2 Prozent) kann nur ein geringer Bruchteil der benötigten Menge aus eigenen Ressourcen bereitgestellt werden und dieser ist zudem seit 2002 deutlich gesunken.

Der wichtigste Energielieferant ist fast ausnahmslos Russland. Nach Angaben von Eurostat beziehungsweise dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) betrug der Anteil russischer Importe nach Deutschland 2012 für Erdöl 38 Prozent, für Erdgas 40 Prozent und für soge-

nannte Solid Fuels (vor allem Steinkohle) 22 Prozent. Gegenüber 2002 ist das bei Erdöl eine Steigerung um sechs Prozentpunkte und bei Solid Fuels eine Verdoppelung. Nur die Gasabhängigkeit ist leicht verringert. Wenn man den Anteil russischer Importe bei den zentralen fossilen Primärenergieträgern betrachtet, stellt sich die Energieabhängigkeit von Russland auf europäischer Ebene zunächst vergleichbar dar (die Werte für das Jahr 2012 siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Anteil russischer Energielieferungen am gesamten Energieimport (in Prozent)

Empfängerland	Deutschland		EU	
	2002	2012	2002	2012
Erdöl	32	38	30	34
Erdgas	44	40	45	32
Solid Fuel	11	22	13	26

Quelle: BMWi (2013), Eurostat (2014).

Diese Durchschnittswerte verdecken die teils dramatischen Unterschiede zwischen den Ländern. Öl- und Gasproduzenten wie zum Beispiel Norwegen – das überdies 11 Prozent der europäischen und 34 Prozent der deutschen Gasimporte bereitstellt – sind natürlich Selbstversorger. Vor allem osteuropäische Staaten sind stark auf russische Lieferungen angewiesen. Im Fall eines russischen Gasstopps würden Länder wie Bulgarien, Bosnien, Mazedonien, Finnland, Litauen und Estland Energielieferdefizite von bis zu 100 Prozent zu verkraften haben (Europäische Kommission 2014).

Die globalen Entwicklungen im Bereich der Energieversorgung sind schwer vorhersehbar. Da Lieferanten wie Norwegen ihr Fördermaximum bereits überschritten haben, erwarten einige Experten, dass die Energieabhängigkeit von Russland noch steigen wird. Die zuletzt viel beschworene „Schiefergasrevolution“ (Westphal et al. 2014), die bereits als Zeitenwende in der Energiepolitik gefeiert wird, könnte eine Alternative bedeuten. So erwarten Experten, dass die Förderung nichtkonventioneller Gasreserven durch das sogenannte „Fracking“ die USA bald zum Selbstversorger und Netto-Energieexporteur machen werden. Es bleibt abzuwarten, ob damit die noch vor wenigen Jahren beschworene weltweite Verknappung von Energiereserven abgewendet (Basedau 2007) oder nachhaltig verzögert werden kann.¹

¹ Die Förderung mittels Fracking hängt allerdings auch vom Ölpreis selbst ab. Sinkt der Preis von Rohöl, kann die Ölförderung aufgrund von Fracking zu teuer werden.

Insgesamt ist Russland für Deutschland und ebenso für die EU allgemein für die nähere Zukunft die wichtigste Quelle, um die Nachfrage nach Primärenergieimporten zu decken. Die Abhängigkeit vor allem von Erdgas ist beachtlich. Im Gegensatz zu Erdöl, welches vorwiegend in Tankern transportiert und auf den internationalen Märkten frei gehandelt werden kann, sind Gaslieferungen vor allem an Pipelines geknüpft. Erdöllieferanten haben nur begrenzte Mitbestimmungsmöglichkeiten darüber, wer das Öl am Ende erhält. Dies ist bei Gaslieferungen anders, weshalb die Abhängigkeit bei Gas besonders schwer wiegt.

Die Abhängigkeit von Russlands Energieresourcen ist so groß, dass Deutschland, von einigen osteuropäischen Staaten ganz zu schweigen, derzeit nicht lange ohne russische Gasimporte auskäme. Nach Meldungen großer deutscher Tageszeitungen (*Die Zeit*, 2014) könne Deutschland maximal fünf Monate ohne russisches Gas überstehen.

Die Gefahren der Energieabhängigkeit: Das „Worst Case“-Szenario

Die befürchteten Folgen der Energieabhängigkeit von Russland können folgendermaßen skizziert werden: Angesichts der Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und Europa nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, dass Russlands Präsident Putin tatsächlich den „Hahn zudreht“. Ein langer kalter Winter könnte zu erheblichen Problemen führen, zumal Russland aufgrund hoher Devisenreserven durchaus einige Zeit ohne Exporteinkünfte existieren könnte. Dieses Schreckensszenario wurde in Osteuropa 2009 für einige Tage Wirklichkeit, als Russland im Januar 2009 die Gaslieferungen einstellte. In Bulgarien wurden Schulen und Kindergärten geschlossen, in der Slowakei Fabriken und in Serbien blieben zahlreiche Wohnungen ungeheizt (*Die Welt*, 31. Juli 2014). Schon im Januar 2006 hatte es einen Lieferstopp in die Ukraine gegeben, sodass die von der ukrainischen Transit-Pipeline versorgten EU-Staaten Rückgänge der Lieferungen von bis zu 40 Prozent zu beklagen hatten (BBC 2006). Wie groß teilweise die Nervosität ist, zeigen Medienberichte, wo bereits von Lieferdrosselungen die Rede ist (*Der Spiegel*, 2014a).

Neben der möglichen Beeinträchtigung des Lebens der BürgerInnen und der Ökonomie sind es vor allem politische Folgen, die beunru-

higen. Allein die Möglichkeit oder Drohung mit Lieferstopps könnte als Waffe zur Durchsetzung russischer Politik genutzt werden. Im Bewusstsein der Abhängigkeit von Energielieferungen wird man sich russischen Politiken weniger in den Weg stellen. Bereits die relativ milde Haltung Deutschlands in der Ukraine-Krise oder die weitgehende Zurückhaltung bei Sanktionen, besonders von osteuropäischen Staaten wie Bulgarien, könnte in dieser Hinsicht interpretiert werden. Zuletzt ist zu beachten, dass das Energiegeschäft mit Russland viele Milliarden Euro in die russische Staatskasse spült. Geld, das in die Finanzierung der aggressiven russischen Außenpolitik fließt.

Die Gegenargumente

Zahlreiche Stimmen bemühen sich, die eben skizzierten Warnungen zu entkräften. Sie kommen teilweise von Interessenvertretern der Wirtschaft oder von Personen, die dem Kreml geschäftlich oder anderweitig eng verbunden sind.

Wechselseitige Abhängigkeit?

Einfach ausgedrückt, lautet das beschwichtigende Hauptgegenargument, Russland würde sich mit einem Einsatz der „Energiewaffe“ selbstschaden, da es auf die Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft angewiesen sei. Deshalb habe Russland beziehungsweise früher die Sowjetunion selbst in den „finstersten Zeiten des Kalten Krieges“ stets pünktlich Energie geliefert, wie der SPD-Vorsitzende und Wirtschaftsminister Siegmund Gabriel im März 2014 erklärte (*FAZ*, 2014). Für dieses Argument steht zunächst einiges. Ein Großteil der Einnahmen des russischen Staates stammt aus Energieexporten mit Deutschland und anderen EU-Staaten. Seit Aufnahme der Gaslieferungen im Jahr 1973 hat Moskau die Verträge gegenüber Deutschland stets eingehalten, auch als die Spannungen wegen der NATO-Nachrüstung besonders hoch waren.

In theoretischer Hinsicht lautet das Schlüsselwort „Interdependenz“. Zwischen Lieferanten und Kunden besteht eine wechselseitige Abhängigkeit (Beck 2011), die beide zur Einhaltung des vereinbarten Geschäfts motivieren. Interdependenz durch internationalen Handel wurde folglich als eine der Ursachen für das Ausbleiben zwischenstaatlicher Kriege identifiziert (Hegre et al. 2010).

Allerdings hat sich Russland gegenüber anderen Kunden, wie den baltischen Staaten,

Weißrussland, der Ukraine oder Georgien anders verhalten und Lieferungen gedrosselt oder sogar ganz eingestellt. Neben dem langwierigen Streit um die Gaslieferungen an die Ukraine wurde so beispielsweise Georgien mit ungerechtfertigten Preiserhöhungen und Lieferunterbrechungen unter Druck gesetzt, als das Land sich dem Westen annähern wollte. Auch im Konflikt Rußlands mit der Republik Moldau um die Provinz Transnistrien wurde Erdgas strategisch eingesetzt, um einerseits Moldau kleinzuhalten und andererseits Transnistrien durch kostenfreie Gaslieferungen von Moskau abhängig zu machen.

Die Ursache für diese Divergenz des russischen Verhaltens ist der Symmetriegrad der wechselseitigen Abhängigkeit. Die genannten Nachbarstaaten Russlands sind weitaus stärker als Deutschland von russischen Energielieferungen abhängig. Russland seinerseits ist auf sie als Kunden nur in geringerem Maße angewiesen und durchaus bereit, Energieabhängigkeit dann politisch einzusetzen, wenn die Abhängigkeit asymmetrisch, also einseitig, ist.

Die Symmetrie zwischen Russland und Deutschland könnte aus der Balance geraten, wenn Russland alternative „Großkunden“ zur Verfügung stünden. Als solche Alternativen für Gasexporte kommen vor allem Indien und China infrage. Bisher gibt es für Gas und Öl noch keine großen Transportkapazitäten in Form von Pipelines. Dennoch war zuletzt von einem „milliardenschweren Gasdeal mit China“ die Rede. Der Ausbau der diesbezüglichen Infrastruktur wurde in die Wege geleitet, die Fertigstellung liegt jedoch offenbar noch weit in der Zukunft (*Der Spiegel*, 2014a). Nach Meldung eines russischen Rundfunksenders soll außerdem die geplante russisch-chinesische Gaspipeline bis auf indisches Territorium verlängert werden (*Stimme Russlands*, 2014). Auf mittlere Sicht wäre es demnach äußerst unvorsichtig, davon auszugehen, dass aufgrund der gegenwärtigen Interdependenz mittelfristig kein Risiko bestünde.

Fehlende Alternativen?

Eine zweite Begründung für die Einschätzung eines geringen Risikos sind fehlende Alternativen zu russischen Rohstoffen. Dies ist einerseits ein wirtschaftliches Argument. Der Ausbau alternativer Lieferrouten oder die Nutzung anderer Energieträger könnte durchaus kostspieliger sein

als das relativ günstige russische Gas und gleichzeitig teure Investitionen in die Infrastruktur erfordern. Andererseits geht es um den politischen Charakter der Regime der Lieferstaaten. Die Liefermengen durch unproblematische Staaten wie Norwegen sind – wie oben angeführt – begrenzt. Alternative Gaslieferanten wie Aserbaidschan sind durch ihr hohes Korruptionsniveau „nicht weniger problematisch als Russland“ einzuschätzen (Stöber 2014). Andere Öl- und Gaslieferanten wie Algerien, Iran und Nigeria sind ebenso instabil. In der Tat befinden sich etwa zwei Drittel der Erdöl- und Erdgasvorkommen im Gebiet der sogenannten strategischen Ellipse, die den Nordwesten Russlands, die arabische Halbinsel und den Persischen Golf sowie weite Teile Zentralasiens umfasst. Dieser Teil der Welt ist zwar wichtig, aber politisch instabil. Insofern könnten Alternativen zu Russland vom Regen in die Traufe führen.

Allerdings ist das letztere Argument – abgesehen von wirtschaftlichen Kosten – aus zwei Gründen nicht besonders stichhaltig. Das Problem mit Russland ergibt sich weniger aus der Menschenrechtsbilanz und Korruption – so beklagenswert diese Probleme sind –, sondern aus seiner Außenpolitik; und diese ist bei den meisten Alternativen wie Aserbaidschan oder Nigeria als unproblematisch anzusehen. Natürlich ist Russland nicht der einzige Energielieferant, dessen Außenpolitik Anlass zur Sorge gibt. Dazu zählen auch Staaten im Persischen Golf wie Iran oder – wegen der mutmaßlichen Unterstützung von Islamisten im Ausland – auch Katar oder Saudi Arabien (Kovacs 2014). Von Energielieferungen aus diesen Ländern ist Deutschland bisher aber weitestgehend unabhängig.

Dies führt zu einem zweiten Grund, weshalb das Argument der „Alternativlosigkeit“ kaum überzeugt. Es stehen nicht nur außenpolitisch unproblematische Lieferkandidaten zur Verfügung. Das Ziel soll ja nicht der Austausch, sondern die Diversifizierung der Bezugsquellen sein. Durch eine geographische Streuung der Lieferanten haben mögliche Krisen bei oder mit einzelnen Primärenergiezulieferern – auch solche, die derzeit nicht vorhersehbar sind –, die kleinstmöglichen Auswirkungen auf Sicherheit der Energieversorgung von Deutschland und den europäischen Ländern.

Weder Alarmismus noch Sorglosigkeit sind angemessen

Die Abwägung der Argumente und Gegenargumente zeigt, dass weder Alarmismus angebracht noch es sinnvoll ist, sich in Bezug auf die Versorgungssicherheit in Sicherheit zu wiegen. Die Risiken, die sich aus einer Energieabhängigkeit von Russland ergeben, sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht dramatisch, aber auch nicht rundweg zurückzuweisen. Eine nüchterne Abschätzung des Risikos muss vor allem zwei Variablen beinhalten: die Symmetrie der Interdependenz und die Ausrichtung der russischen Außenpolitik oder die anderer Lieferstaaten. Die Gefahr des Einsatzes der „Gaswaffe“ durch Moskau wächst in dem Maße wie der russischen Führung alternative Abnehmer zur Verfügung stehen. Dazu gibt es – wie oben ausgeführt – konkrete Pläne. Selbst wenn alternative Staaten als Energielieferanten in Frage kommen, die gleichermaßen korrupt und despotisch sind: Problematisch ist vor allem die Außenpolitik Russlands. Die Energieabhängigkeit von Russland – aber prinzipiell auch von anderen Staaten – bleibt mindestens mittelfristig ein strategisches Risiko, dem es vorausschauend und mit Augenmaß entgegenzusteuern gilt.

Empfehlung von Maßnahmen

Eine erste Empfehlung lautet, dass zukünftige Entwicklungen in zwei Bereichen genauestens beobachtet werden müssen: Russlands Außenpolitik und die Symmetrie der Energieabhängigkeit. Die Formulierung und Umsetzung von konkreten Maßnahmen erfordert darüber hinaus prinzipielle Vorüberlegungen. Zum einen ist das Ziel der Energiepolitik nicht nur die in diesem Beitrag schwerpunktmäßig thematisierte Versorgungssicherheit. Neben dieser zählen Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit zum „magischen Dreieck“ der Energiepolitik. Außerdem ist Energiepolitik auch Außenpolitik und hier gibt es zahlreiche andere Ziele und Notwendigkeiten – nicht zuletzt gegenüber Russland –, die bedacht werden müssen. Zum anderen sind alle Maßnahmen nur so gut wie ihre Umsetzung, weshalb es wichtig ist, ob die Umsetzung die Entscheidungsfindung und Kooperation vieler Akteure erfordert oder nicht. So wünschenswert Multilateralismus ist, unilaterales Handeln lässt sich meistens leichter umsetzen. Schließlich sollten die Maßnahmen direkt

an den beiden identifizierten Schlüsselvariablen „russische Außenpolitik“ und „Symmetrie der Interdependenz“ ansetzen.

Beziehungen zu Lieferstaaten beziehungsweise zu Russland

Die Außenpolitik von Russland (oder anderer Lieferstaaten) ist wesentlicher Bezugspunkt der Risikoabschätzung. Daher müssten zur Vermeidung negativer Folgen der Energieabhängigkeit die Beziehungen zu Russland verbessert werden. Wie Bundesaußenminister Frank Walter Steinmeier bereits im Juli 2013 erklärte, wird Russland in vielen anderen Bereichen als Partner gebraucht. Dies betrifft Fragen der internationalen Sicherheit wie die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen oder Krisen in Syrien und anderswo.

Entspannung und Kooperation mit Russland ist wünschenswert. Dies wird aber nicht zuletzt von der Orientierung der russischen Außenpolitik abhängen, deren Beeinflussung von außen Grenzen gesetzt sind. Man sollte die Möglichkeiten der Außeneinwirkung nicht überschätzen. Die in den 2000er Jahren ins Leben gerufene deutsch-russische „Modernisierungspartnerschaft“ ist kaum als Erfolg zu werten (Fücks 2014). Sowohl die Menschenrechtslage als auch die Außenpolitikorientierung haben sich in den letzten Jahren negativ entwickelt. Demokratische Standards werden von Putin nur dann eingehalten, wenn durch diese die Machtkonsolidierung nicht gefährdet ist. Die Gewaltenteilung sowie die Presse- und Versammlungsfreiheit wurden in den letzten Jahren beträchtlich eingeschränkt. Gleichzeitig hat Russland in Anbetracht der Probleme des Westens durch wiederkehrende Wirtschaftskrisen enorm an Selbstbewusstsein gewonnen. Dies stärkt Russland in seiner Haltung, sich als globale Großmacht und regionaler Hegemon zu sehen, was außenpolitische Kooperation erschwert (BTI 2014).

Russland- und Osteuropaexperten streiten sich, inwieweit der Westen mit seiner vermeintlichen Einkreisungsstrategie daran Schuld trägt. Vieles spricht dafür, dass die offensive Ausrichtung der russischen Außenpolitik von innen kommt und als Versuch gewertet werden kann, die Sowjetunion wenigstens teilweise wiederherzustellen (Christie und Grätz 2011: 232 ff.). Möglicherweise fungieren Russlands Energieressourcen als politischer und finanzieller „Treibstoff“ (Christie und Grätz 2011). Die damit verbundene Geringschätzung des

Selbstbestimmungsrechts von Nachbarstaaten, deren Territorium ehemals Teil der Sowjetunion war, wird die Außenpolitik Deutschlands fast zwangsweise in Konflikt mit Moskau bringen. Es könnte überdies zu einem schweren Zielkonflikt führen, wenn russische Begehrlichkeiten sich auf die EU- und NATO-Partner in den baltischen Staaten ausweiten.

Verringerung der Energieaußenabhängigkeit

Wenn die Außenpolitikorientierung Russlands nicht ohne weiteres beeinflusst und die Beziehungen nur unter hohen politischen Kosten entspannt werden können, dann ist der nahe liegende Ansatzpunkt für das Handeln die Symmetrie der Energieabhängigkeit. Wie von der Bundesregierung erkannt – wenn auch nicht immer nachhaltig umgesetzt –, geht es dabei zunächst um verschiedene Formen der Diversifizierung. Dies betrifft die Lieferländer. Hier sollte eine Streuung angestrebt werden, die den russischen Anteil an Einfuhren deutlich reduziert. Damit im Zusammenhang stehen auch die Lieferrouten und -wege. Alternativen zu den Lieferrouten über russisches Territorium wie die Nabucco-Pipeline – die kaukasisches Gas liefern sollte –, sind gescheitert. Eine andere Möglichkeit ist die Nutzung von Flüssiggas, das nicht durch Pipelines geleitet werden muss, sondern mit Flüssiggastankern transportiert werden kann. Bislang fehlt Deutschland aber ein Seehafen, der Kapazitäten zur Rückumwandlung von Flüssiggas besitzt. Wilhelmshaven ist als Standort im Gespräch, doch konkrete Pläne liegen bisher aufgrund der Kostspieligkeit ihrer Umsetzung auf Eis.

Außerdem gilt es, Energieträger zu diversifizieren. Eine Möglichkeit ist die Verwendung nicht-konventioneller fossiler Energierohstoffe. Im Zuge der bereits erwähnten „Schiefergasrevolution“ werden vor allem in den USA und Kanada Gasvorkommen aus Schiefergestein mittels chemischer Prozesse gefördert (Westphal et al. 2014). Experten sehen die USA dank des „Fracking“ in nicht allzu ferner Zukunft nicht nur als Energieselbstversorger, sondern sogar als Nettoenergieexporteur. „Fracking“ hat aufgrund möglicher Umweltschäden in Deutschland eine kontroverse Debatte hervorgerufen. Während viele Stimmen vor massiven Umweltproblemen wie der Grundwasserverschmutzung warnen, haben Geologen wie BGR-Präsident Hans Joachim Kümpel vor einer Übertreibung der Gefahren in

der öffentlichen Debatte gewarnt (*Handelsblatt*, 2014). Das Schiefergaspotenzial Deutschlands scheint aber auch unabhängig von ökologischen Gesichtspunkten begrenzt.

Eine andere sinnvolle Möglichkeit ist es, den Anteil der fossilen Energieträger zu verringern. Eine Fortführung oder der Ausbau der Kernenergie wird wegen ökologischer Bedenken in Deutschland kaum machbar sein. Im Gegensatz dazu könnte jedoch der Anteil der erneuerbaren Ressourcen aus Wasser, Sonne und Wind weiter erhöht werden. Dies wäre zweifelsohne mit weiter steigenden Energiepreisen verbunden, hätte aber neben außenpolitischen auch ökologische Vorteile.

Eigenständige Vorkehrungen zur Verringerung der Außenenergieabhängigkeit beschränken sich nicht auf Diversifizierung. Eine viel diskutierte Maßnahme ist der Ausbau eines integrierten europäischen Energiemarktes und die Entwicklung einer gemeinsamen EU-Energie(außen)politik (Geden und Grätz 2014). Dies hätte unter anderem den Vorteil, dass Lieferengpässe und -stopps in Ländern durch andere Staaten kompensiert werden können. In Pipelines ist dies etwa durch eine „Schubumkehr“ möglich, die das Gas wieder nach Osten zurückfließen lassen könnte, wenn es östliche Nachbarn benötigen, die aus Russland kein Gas mehr erhalten. Eine gemeinsame Position in der EU-Energiepolitik wäre gerade in der Außenwirkung ausgesprochen effektiv. Dessen ist sich die Europäische Kommission bewusst. Bislang sind allein die Interessenlagen von Ost- und Südeuropäern jedoch zu unterschiedlich, um schnell zu großen Fortschritten gelangen zu können.

Insofern sollte nicht zuletzt der Energieverbrauch gedrosselt werden. Dies kann einerseits durch einfaches Energiesparen herbeigeführt werden. Hier sind zahlreiche Potenziale vorhanden, die sich rechnen dürften. Andererseits ist die Energieeffizienz zu steigern. Dazu wären technologische Innovationen notwendig, die gezielt gefördert werden könnten. Technologische Fortschritte könnten die Förderung von Ressourcen ermöglichen, die derzeit noch nicht möglich oder wirtschaftlich sind. Sie könnten insbesondere im Bereich der erneuerbaren Ressourcen die Energieeffizienz steigern.

Insgesamt ist einzuschätzen, dass Deutschland und Europa alles andere als machtlos sind, was die Vermeidung von Risiken aus der Energieabhängigkeit betrifft. Entscheidend ist vorausschauendes Handeln und die konsequente Umsetzung gut konzipierter Maßnahmen.

Literatur

- Basedau, Matthias (2007), *Erdölkriege – Kriege der Zukunft?*, GIGA Focus International, 6, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/international> (25. Oktober 2014).
- BBC (2006), *Ukraine "stealing Europe's gas"*, 2. Januar, online: <<http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/4574630.stm>> (25. Oktober 2014).
- Beck, Martin (2011), Machtquelle Erdöl. Ein theoriegeleitetes Analyseraster, in: Matthias Basedau und Robert Kappel (Hrsg.), *Machtquelle Erdöl: Die Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik von Erdölstaaten*, Baden-Baden: Nomos, 13-35.
- BMWi (2013), *Energie in Deutschland: Trends und Hintergründe zur Energieversorgung*, online: <www.bmwi.de/Dateien/Energieportal/PDF/energie-in-deutschland,property=pdf,bereich=bmwi,2012,sprache=de,rwb=true.pdf> (26. Oktober 2014).
- BTI (2014), *Russia Country Report*, online: <www.bti-project.de/fileadmin/Inhalte/reports/2014/pdf/BTI%202014%20Russia.pdf> (26. Oktober 2014).
- BGR (2013), *Energiestudie 2013: Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen*, online: <www.bgr.bund.de/DE/Themen/Energie/Downloads/Energiestudie_2013.pdf?__blob=publicationFile&v=5> (14. Oktober 2014).
- Christie, Edward Hunter, und Jonas Grätz (2011), Russlands Erdöl und -gas: Treibstoff für Autoritarismus und Großmachtsanspruch, in: Matthias Basedau und Robert Kappel (Hrsg.), *Machtquelle Erdöl: Die Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik von Erdölstaaten*, Baden-Baden: Nomos, 223-252.
- Die Zeit* (2014), *Gefährdet Russland die Energiewende?*, 5. September, online: <www.zeit.de/2014/37/energiewende-gas-russland> (25. Oktober 2014).
- Europäische Kommission (2014), *Communication from the Commission to the European Parliament and the Council on the short term resilience of the European gas system*, online: <http://ec.europa.eu/energy/doc/nuclear/2014_stresstests_com_en.pdf> (24. Oktober 2014).
- FAZ (2014), Gabriel: „Keine Alternative“ zum russischen Gasimport, 27. März, online: <www.faz.net/aktuell/politik/energiesicherheit-gabriel-keine-alternative-zum-russischen-gasimport-12868107.html> (24. Oktober 2014).
- Fücks, Ralf (2014), Fremde Federn: Was uns die Ukraine angeht, in: *FAZ*, 23. August, online: <www.genios.de/presse-archiv/artikel/FAZ/20140823/fremde-federn-ralf-fuecks-was-uns-d/FD1201408234356222.html> (23. August 2014).
- Geden, Oliver, und Jonas Grätz (2014), *Die EU-Politik zur Sicherung der Gasversorgung*, CSS Analysen zur Sicherheitspolitik, 159.
- Hegre, Håvard, John R. Oneal und Bruce M. Russett (2010), Trade Does Promote Peace: New Simultaneous Estimates of the Reciprocal Effects of Trade and Conflict, in: *Journal of Peace Research*, 47, 6, 763-774.
- Kovacs, Amanda (2014), *Saudi Arabia Exporting Salafi Education and Radicalizing Indonesia's Muslims*, GIGA Focus International Edition, 7, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/international> (25. Oktober 2014).
- N-TV (2014), *EU-Stresstest für warme Wohnung. Putin droht Europa mit Gas-Drosselung*, 16. Oktober, online: <www.n-tv.de/wirtschaft/Putin-droht-Europa-mit-Gas-Drosselung-article13796071.html> (17. Oktober 2014).
- Der Spiegel* (2014a), *Energiekonzerne: Deutschland und Polen erhalten weniger Gas aus Russland*, 10. September, online: <www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/eon-deutschland-und-polen-erhalten-weniger-gas-aus-russland-a-990894.html> (25. Oktober 2014).
- Der Spiegel* (2014b), *Milliarden-Gas-Deal: Russland beginnt mit Bau der China-Pipeline*, 1. September, online: <www.spiegel.de/wirtschaft/pipeline-nach-china-russlands-gazprom-baut-leitung-fuer-erdgas-a-989327.html> (28. Oktober 2014).
- Stöber, Silvia (2014), *Aserbaidzhan – ein fragwürdiger Energielieferant*, 6. Mai, *Tagesschau-online*, online: <<http://meta.tagesschau.de/id/85033/aserbaidzhan-ein-fragwuerdiger-energielieferant>> (25. Oktober 2014).
- Westphal, Kirsten, Marco Overhaus und Guido Steinberg (2014), *Die US-Schieferrevolution und die arabischen Golfstaaten: Wirtschaftliche und politische Auswirkungen des Energiemarkt-Wandels*, online: <www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2014_S15_wep_ovs_sbg.pdf> (16. Oktober 2014).

■ Die Autoren

Prof. Dr. Matthias Basedau ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Afrika-Studien und Leiter des GIGA-Forschungsschwerpunktes 2 „Gewalt und Sicherheit“.

E-Mail: <matthias.basedau@giga-hamburg.de>, Webseite: <www.giga-hamburg.de/team/basedau>.

Kim Schultze, MA, hat ihren Masterabschluss in „Global Political Economy“ an der Universität Sussex in Brighton erworben. Von Januar bis Juni 2014 arbeitete sie als Research Consultant am GIGA Institut für Afrika-Studien.

E-Mail: <kimschultze@gmail.com>.

■ GIGA-Forschung zum Thema

Das Forschungsteam „Natürliche Ressourcen und Sicherheit“ im GIGA Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“ untersucht externe und interne Faktoren als Determinanten möglicher Konflikte um Ressourcen. Im Rahmen des DFG-Projektes „A Dangerous Liaison“ wird untersucht, wie Ethnizität und Ressourcenreichtum als innerstaatliche Konfliktrisiken zusammenwirken. Im Focus des Projektes „Prior Consultation and Conflict Transformation in Resource Governance“ unter der Leitung von Almut Schilling Vacaflor steht die Frage, wie und ob Konsultationen mit indigenen Gruppen in Lateinamerika Konflikte bei Rohstoffförderungsprojekten mindern können.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Basedau, Matthias, und Robert Kappel (2012), Erdölressourcen als Machtmittel, in: Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.), *Globale Trends 2013*, Frankfurt/Main: Fischer Verlag, 51-67.

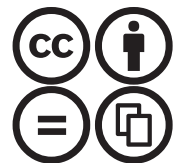
Basedau, Matthias, und Robert Kappel (2011), Erdölpreis, Macht und Politik – ein Vergleich, in: Matthias Basedau und Robert Kappel (Hrsg.), *Machtquelle Erdöl. Die Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik von Erdölstaaten*, Baden-Baden: Nomos, 277-300.

Basedau, Matthias (2014), Konflikte durch Ausbeutung? Interne und externe Kontextbedingungen als Auslöser des ‚Ressourcenfluchs‘, in: *Wissenschaft und Frieden*, 2, 11-13.

Kovacs, Amanda (2014), *Saudi Arabia Exporting Salafi Education and Radicalizing Indonesia's Muslims*, GIGA Focus International Edition, 7, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/international>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Global wird vom GIGA redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Robert Kappel; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Hanspeter Mattes; Lektorat: Silvia Bücke;

Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien

IMPRESSUM